

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken,
Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11697 –**

Sofortige humanitäre Hilfe für Syrien leisten – Diplomatische Verhandlungslösung für den Konflikt fördern

A. Problem

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung eine Überarbeitung ihrer Haltung im aktuellen Syrienkonflikt. Zum einen würden die bisherigen deutschen Hilfeleistungen und die Aufnahme von lediglich 5 000 Flüchtlingen der dramatischen humanitären Lage nicht gerecht. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen (VN) seien mehr als drei Millionen Menschen vom Konflikt betroffen. Die medizinische Versorgung stehe kurz vor dem Zusammenbruch und mit dem bevorstehenden Wintereinbruch sei eine weitere Zuspitzung zu besorgen. Die Sanktionspolitik Deutschlands und der Europäischen Union (EU) führe zu einer Verschlechterung der ohnehin angespannten Versorgungslage. Zum anderen wirke die Bundesregierung einer weiteren Militarisierung des Konfliktes nicht hinreichend entgegen und lasse diplomatische Vermittlungsmöglichkeiten ungenutzt. Der Abbruch der Beziehungen zur syrischen Regierung, das Schweigen zu Waffenlieferungen, die einseitige Fixierung auf den nur teilrepräsentativen Syrischen Nationalrat (SNC) und die Nichtwahrnehmung ihres Einflusses bei den VN konterkarierten Bemühungen des VN-Sondergesandten Lakhdar Brahimi um einen Waffenstillstand. Einzig ein solcher könne aber zu einer Minderung des Leidens der syrischen Bevölkerung führen.

Der Deutsche Bundestag wird gebeten, die Bundesregierung aufzufordern, die Mission Lakhdar Brahimis aktiv zu unterstützen, ihre Politik wieder auf die Grundlage der Genfer Vereinbarung vom 30. Juni 2012 zu stellen; ferner die humanitäre Hilfe für Syrien auszuweiten, weitere syrische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und die Verhandlungen für einen Waffenstillstand und eine friedliche Konfliktlösung zu befördern.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion
DIE LINKE.**

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11697 abzulehnen.

Berlin, den 30. Januar 2013

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Joachim Hörster
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Günter Gloser, Bijan Djir-Sarai, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11697** in seiner 214. Sitzung am 13. Dezember 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung eine Überarbeitung ihrer Haltung im aktuellen Syrienkonflikt. Zum einen würden die bisherigen deutschen Hilfeleistungen und die Aufnahme von lediglich 5 000 Flüchtlingen der dramatischen humanitären Lage nicht gerecht. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen (VN) seien mehr als drei Millionen Menschen vom Konflikt betroffen. Die medizinische Versorgung stehe kurz vor dem Zusammenbruch und mit dem bevorstehenden Wintereinbruch sei eine weitere Zuspitzung zu besorgen. Die Sanktionspolitik Deutschlands und der Europäischen Union (EU) führe zu einer Verschlechterung der ohnehin angespannten Versorgungslage. Zum anderen wirke die Bundesregierung einer weiteren Militarisierung des Konfliktes nicht hinreichend entgegen und lasse diplomatische Vermittlungsmöglichkeiten ungenutzt. Der Abbruch der Beziehungen zur syrischen Regierung, das Schweigen zu Waffenlieferungen, die einseitige Fixierung auf den nur teilrepräsentativen Syrischen Nationalrat (SNC) und die Nichtwahrnehmung ihres Einflusses bei den VN konterkarierten Bemühungen des VN-Sondergesandten Lakhdar Brahimi um einen Waffenstillstand. Einzig ein solcher könne aber zu einer Minderung des Leidens der syrischen Bevölkerung führen.

Der Deutsche Bundestag wird gebeten, die Bundesregierung aufzufordern, die Mission Lakhdar Brahimis aktiv zu

unterstützen, ihre Politik wieder auf die Grundlage der Genfer Vereinbarung vom 30. Juni 2012 zu stellen; ferner die humanitäre Hilfe für Syrien auszuweiten, weitere syrische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und die Verhandlungen für einen Waffenstillstand und eine friedliche Konfliktlösung zu befördern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11697 in seiner 132. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11697 in seiner 76. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11697 in seiner 72. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11697 in seiner 73. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 30. Januar 2013

Joachim Hörster
Berichtersteller

Günter Gloser
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin